

FD / Postulat FDP-Fraktion vom 18. September 2019

## Vision SG 2030: vom Nehmer- zum Geberkanton

Antrag der Regierung vom 29. Oktober 2019

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, Bericht zu erstatten, über eine Vision SG 2030: vom Nehmer- zum Geberkanton» sowie dem Kantonsrat geeignete Massnahmen und Projekte zur Umsetzung dieser Vision zu beantragen im Rahmen der Berichterstattung zur Einhaltung der Ziele sowie zur Überprüfung und Aktualisierung des Finanzleitbilds gemäss Postulat 43.18.05 auch eine Auslegeordnung zu den Wirkungszusammenhängen des Bundesfinanzausgleichs zu machen sowie geeignete Massnahmen und Projekte zur Stärkung des Ressourcenpotenzials des Kantons St.Gallen aufzuzeigen.»

Begründung:

Die Regierung hatte geplant, bis spätestens Anfang 2020 eine Berichterstattung zum Postulat 43.18.05 «Zurück auf die Überholspur: Masterplan für nachhaltige Finanzen» vorzunehmen und dabei Aussagen zur Einhaltung der Ziele des Finanzleitbilds zu machen. Zudem war vorgesehen, die einzelnen Elemente des Finanzleitbilds zu überprüfen und bei Bedarf zu aktualisieren. Dabei sollten gemäss Auftrag sowohl die Aufwand- als auch die Ertragsseite des Kantonshaushalts beleuchtet werden.

Aus Sicht der Regierung wäre es wenig zielführend, nun in einem ersten Schritt eine Überprüfung des Finanzleitbilds vorzunehmen und entsprechende Anpassungen desselben vorzuschlagen und erst in einem zweiten Schritt das vorliegende Postulat zum Bundesfinanzausgleich bzw. zur Stärkung des Ressourcenpotenzials zu bearbeiten. Vielmehr sollen die beiden Postulate – aufgrund der inhaltlichen Zusammenhänge – gemeinsam und aufeinander abgestimmt bearbeitet werden. Das führt indessen zu einer Anpassung des ursprünglichen Fahrplans zur Bearbeitung des Postulats 43.18.05.

Basierend auf einer umfassenden finanzpolitischen Auslegeordnung können dann die geforderte Überprüfung und – soweit erforderlich – eine Aktualisierung des Finanzleitbilds erfolgen.

Die alle vier Jahre vorgesehene Berichterstattung zu den Langfristigen Finanzperspektiven würde die Regierung indessen wie geplant bis Anfang 2020 vornehmen.